

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postanstalt entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 10 Pf. — Anzeigenpreis nach Nr. 33.

Anzeigenpreis für Anzeigen und für Anzeigen 10 Pfennige, auswärts 12 Pfennige, National-Anzeigen 15 Pfennige, auswärts 18 Pfennige, Anzeigen für Anzeigen 10 Pfennige, auswärts 12 Pfennige.

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft, Erzgebirge. Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1400.

Nr. 135

Sonnabend, den 11. Juni 1932

27. Jahrgang

Programmrede des Reichsinnenministers

Innerpolitische Reformpläne v. Gayls

Berlin, 9. Juni. Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag seine übliche wöchentliche Sitzung ab, der diesmal aber besonderer Bedeutung zusam, weil der neue Innenminister, Freiherr von Gayl, die Gelegenheit benutzte, um sich als neuen Vorsitzenden des Reichsrates vorzustellen.

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl eröffnete die Reichsratsitzung. Nach einleitenden persönlichen Worten der Erinnerung und des Dankes an die Mitglieder des Reichsrates, dem der Minister fast elf Jahre als Bevollmächtigter seiner Heimatprovinz Ostpreußen angehört hat, führte der Minister u. a. aus: Ich habe erkannt, daß die stärksten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas Heiliges ist, was des Verfalls und des Niederkommens bedarf, und daß der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Befruchtung von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt. Wir werden daher die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder selbstverständlich nicht antasten.

Wir erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer versöhnungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in lebendiger Fühlung mit uns arbeiten wird. Aus dieser Ueberzeugung heraus werde ich die Aufgabe der Reichsreform ansetzen. Es ist noch nicht die Zeit gegeben, auf diesem Gebiet eine Stellungnahme der Reichsregierung auszusprechen. So dringend diese Reform auch ist, und so sehr sie zusammenhängt mit den notwendigen Maßnahmen zur Vereinfachung und Vereinhaltung der öffentlichen Verwaltung, so liegen heute dringendere Aufgaben vor, deren Lösung die Stunde gebietet. Das bedeutet kein Ausschließen auf die lange Bank. Die Regierung kann aber die dringenden Fälle ihrer Aufgaben nur schrittweise lösen. — Das Gleiche gilt von der Verfassungsreform. Die Weimarer Verfassung, die Grundzüge unseres öffentlichen Lebens, deren Güter ich als Reichsinnenminister pflichtgemäß bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Gesetzgebung durchlöcher und noch unbeschränkter Anstich weiterer Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig. Verfassungen sind nicht starre Toole, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch an diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herangehen. Zweierlei aber muß ich in diesem Zusammenhang besonders betonen.

Das Verbot von einer geplanten Aenderung der Verfassung in der Richtung der Wiederherstellung der Monarchie ist ein törichtes und daher schädliches Geschwätz.

Ich würde mir erbärmlich vornehmen, wenn ich auf dem Ministerstuhl verharren würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern in langen Jahren auch selbstgewordene Ueberzeugung zu verleugnen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk in mitten des Herzens von Europa, halte und daß ich geschichtlich gesehen, mir der

Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben. Wir sind mit dem ganzen Volk heute so mit Werten und Lasten schwerster Art belastet, daß wir erst versuchen müssen, diesen Werten ledig zu werden, ehe wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu befassen.

Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist. Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufstellung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen und ich verbitte mir deutlich jeden Zweifel an meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue. So wie ich denken der Herr Reichspräsident und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewußter und pflichtgemäßer Distanzierung aller persönlichen Anschaunngen und Gefühle.

Zum zweiten ein Wort über die angebliche reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Öffentlichkeit erfolgte Wertschätzung als reaktionär mit Würde und einem gewissen Humor tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir stehen alle im Leben und sind bis zu dieser Stunde in Verbindung gewesen mit dem Leben unseres Volkes und gedanken es auch zu bleiben. Wir wissen, daß man Berganges nicht wieder herstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Ein Volk ist ein Lebewesen, das sich täglich zum Leben weiterentwickelt und das niemals stillstehen oder sich zurückentwickeln kann zu einem gewissen Zustand. Wir wollen helfen, daß unser Volk lebt und einer besseren Zukunft entgegengeht. Darum wollen wir einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Wir tragen bei dieser Arbeit nicht die uns angebotenen Scheuklappen. Wir sind keine Vertreter einzelner Stände- oder Berufsinteressen, sondern Reichsminister, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volke

gehört, erwachsen aus der Liebe zu unserem Volk und unserem Vaterlande.

Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen,

die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehmste Aufgabe. In diesem Sinne wird eine Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Wahlen, die Presse und die militärischen Organisationen unter Wahrung des bestehenden Zustandes regelt. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewußt sein werden, ihr Tun im Rahmen der Gesetze zu halten und Gewalttätigkeiten und rohe Versuchungen ihrer andersondenden Mitglieder zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister tohlen Zweifel darüber lassen, daß ich, wenn diese Erwartung sich nicht erfüllen sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung

mit allen Nachtmitteln des Staates zu schützen den Willen und die Kräfte habe. — Von den vielen Aufgaben, die sonst noch meiner hängen, werde ich mich mit Unterstützung des ganzen Kabinetts mit besonderer Freude und Liebe der Pflege des Deutschtums innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches annehmen, soweit die allgemeine Finanzlage mir das gestattet auch an die

Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete.

Im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten, wie ich es bisher für meine engere Heimat getan habe, in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung unserer Grenzgebiete eine Lebensnotwendigkeit für die Nation ist, die nur erfüllt werden kann, wenn die Sache dieser Gebiete Sache des ganzen deutschen Volkes ist und bleibt.

Ich kann heute aus den Aufgaben meines Ressorts nur wenige Punkte herausgreifen. Eines aber möchte ich hier noch festhalten. Reich, Länder und Gemeinden sind angewiesen auf ein pflichttreues, gut ausgebildetes und in geistlicher Lebensstellung befindliches

Beamtentum. Ich bekenne mich bei meinem Amtsantritt als Innenminister, der die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Beamtenrechts zu bearbeiten hat, in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten und dem ganzen Kabinett zum Berufsbeamtentum, das zu erhalten und zu pflegen unsere Pflicht ist. Wir legen dabei voraus, daß das Beamtentum sich der hohen Aufgabe stets bewußt ist. Denar der Allgemeinheit zu sein. Die Not der Zeit ist an dem Beamtentum nicht vorübergegangen. Sie hat verhindert und verhindert leider auch in nächster Zukunft noch, gewisse Ungerechtigkeiten in den Einkünften sofort und voll zu beseitigen. Wir sind aber be-

Ein Schritt der süddeutschen Länder

Karlsruhe, 9. Juni. Die heute in Karlsruhe veranlaßten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden haben an den Reichspräsidenten von Hindenburg nachstehendes Telegramm gerichtet: „Die unterzeichneten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden bitten den Herrn Reichspräsidenten um einen Empfang anlässlich der Konferenz der Ministerpräsidenten am nächsten Sonnabend oder Sonntag, geg. Dr. Holz, Dr. Holz, Dr. Schmitt.“

Berlin, 10. Juni. Die Bitte der süddeutschen Staatspräsidenten, vom Reichspräsidenten empfangen zu werden, wird von einem Teil der Morgenblätter stark beachtet. Die „Vossische Zeitung“ sieht darin einen Beweis, wie weit die Bestrebungen auf eine Zusammenarbeit der süddeutschen Länder gehen können. Der Wunsch, vom Reichspräsidenten gemeinsam empfangen zu werden, zeige aber auch, daß die drei Staatspräsidenten das Entschieden brennender Gesichtspunkte durch einen Appell an den Reichspräsidenten verhindern wollten. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt, daß die drei Minister das Bedürfnis hätten, den Reichspräsidenten über die politischen Besorgnisse zu unterrichten, die der Kurswechsel in Berlin allenthalben in Süddeutschland erweckt habe. Nach Ansicht der „D.Z.“ sei es unschwer, sie einzuladen, daß die Demonstration der süddeutschen Länder sich gegen die durch die Reichskommissarpläne ausgelösten Reichsreformüberlegungen richten solle. Der „Sozial-Anzeiger“ nennt die Sorgen, die die süddeutschen Länder hinsichtlich der Reichskommissarfrage offenbar hätten, deshalb völlig unnötig, weil die Form, in der die Einlegung eines solchen in Preußen erfolgen würde, nicht etwa einen Eingriff in die Verfassung und damit eine Verletzung der föderalistischen Grundlagen des Reiches bedeuten

müß, allen Beamtengraden und den Behördenangestellten die Lasten der Zeit nach Möglichkeit zu erleichtern, um sie in ihrer dem Allgemeinwohl so notwendigen Arbeitsfreudigkeit zu erhalten. Wichtig und notwendig scheint mir auf dem Gebiete des gesamten kulturellen Lebens unseres Volkes, insbesondere auch im Rundfunk und Lichtspielwesen, die Betonung und Pflege solchen Wertes und die

Ausmerzung aller unheimlichen, fremden Einflüsse, die zeitweilig weite Kreise des deutschen Volkes bestrahlt haben. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit und der Wille zu einem eigenen deutschen Leben wachsen heute ständig in unserem Volk. Aufgabe der Reichsregierung und in ihr des Innenministers ist es, diesen Willen gerecht zu werden und die mächtigste nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu heiligen.

Das neue Kabinett steht vor schweren Aufgaben, die gelöst werden müssen, wenn unter Volk nicht untergehen soll. Wir gehen trotz aller Unsicherheiten mit frühem Mut und Vertrauen an unsere Pflichten. Wir hätten Mut und Vertrauen nicht, wenn wir uns nicht auf eigenes Können und eigene Kraft stützen würden. Wir nehmen selbst aus dem feilen Klauen an unser Volk und aus dem unerschütterlichen Glauben an eine höhere Gerechtigkeit, die über dem Leben der Völker waltet, und die Deutschland nicht vergessen wird. Weil wir, durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortung vor unserem Gott und unserem Volk diesen Klauen in uns fühlen, haben wir uns in schwerster Stunde bereit erklärt, das Steuer in die Hand zu nehmen und unter Einlage unserer besten Kräfte zu führen. Die Geschichte wird lehren, ob wir recht getan haben oder nicht. Uns bleibt, nachdem der Schritt gewagt ist, nur die Erfüllung unserer engeren und weiteren Pflicht.

Der Eindruck der Rede

Berlin, 10. Juni. Die Rede des Reichsinnenministers Freiherr von Gayl im Reichsrat findet in der Presse ein weitestgehendes Echo. Der „Vorwärts“ spricht von dem „Geist der Reaktion“. Die „Vossische Zeitung“ sieht in der Rede einen gedämpften Ton als in der Regierungserklärung, nicht plumpen Angriff, sondern vorläufige Deckung, die alle Möglichkeiten offen halte. Inzwischen die Hinweise auf politische Ziele fehlen. Der „Wirtschafts-Anzeiger“ nennt die Rede aufrichtig. Aber obwohl von Gayl Juridikalität wahrte und jede Schärfe vermied, habe er den großen Widerspruch, der dem Kabinett Taten eingeschoben sei, nicht übersehen, sondern freigelegt. Zum ersten Male vollziehe ein Minister der Republik ein klares Bekenntnis zur Monarchie. Die „D.Z.“ sagt, die Rede war darauf abgestellt, Mißverständnisse und Mißtrauen auszuräumen. Sie dürfe diese Aufgabe, nach dem Eindruck unter den Ländervertretern zu urteilen, durchaus erfüllt haben. Der „Tag“ bezeichnet sie als einen Ausgangspunkt zu neuer Arbeit. Eine angemessene Ausfüllung dieses weitestgehenden Rahmens werde entscheidend und wohlthätig von den Fehlern der letzten 18 Jahre abführen und gestatten, einem neuen Staatsgeist und einem verlebten nationalen Gemeinschaftsgefühl den Weg zu bereiten.

würde. Die „Deutsche Zeitung“ spricht von einem „unverantwortlichen Spiel“ des Zentrums, durch das die Reichsregierung gehindert werden solle, im Preußen den ersten Schritt zur Beseitigung des schwarz-roten Systems zu unternehmen.

Hindenburg bereit

Berlin, 10. Juni. Der Reichspräsident hat den Minister-Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden mitteilen lassen, daß er zu einer Besprechung in Gegenwart des Kanzlers bereit ist, und den Zeitpunkt auf Sonntagvormittag 11 Uhr festgesetzt.

Auslegung der Stimmlisten für die Reichstagswahl

von 10. bis 17. Juli
Berlin, 9. Juni. Die Stimmlisten und Stimmkarten für die am 31. Juli stattfindende Reichstagswahl sind vom 10. bis 17. Juli auszulegen.

Neuformierung des deutschen Bürgertums

Wie uns von besonderer Seite mitgeteilt wird, sind ausichtsreiche Verhandlungen im Gange, die eine Zusammenfassung und Neuformierung des deutschen Bürgertums auf breiter Basis anstreben. Die bürgerliche Front, die in der Bildung begriffen ist und über die Mäheres noch ausgeht, wird sich, wie verlautet, in eine scharfe Kampfstellung der Sozialdemokratie gegenüber befinden und nicht in Oppositionstellung gegenüber der jetzigen Regierung stehen, die nach ihren Leistungen beurteilt werden soll.